

66%

Prozent der Befragten lesen täglich oder ab und zu die Tageszeitung. Nur 13 Prozent gaben an, nie reinzuschauen. Damit ist die Tageszeitung auch in der Pandemie eine wichtige Informationsquelle.

55%

der über 60-Jährigen informieren sich während der Coronakrise regelmäßig in der Tageszeitung über das Weltgeschehen. Wobei die Nutzung vom Alter abhängig ist. Jüngere lesen weniger Zeitung.

74%

derjenigen, die regelmäßig oder sporadisch die regionale Tageszeitung nutzen, stellen ihr ein gutes oder sehr gutes Zeugnis aus. Lediglich 17 Prozent äußern sich kritisch über das Medium.

60%

der Befragten sind dafür, dass auch während der Coronakrise die Schuldenbremse eingehalten wird. Nur 17 Prozent sprechen sich dafür aus, dieses Instrument abzuschaffen.

42%

der Bürger in Baden-Württemberg trauen sich kein Urteil über die Erfolge und Misserfolge der Landesregierung zu. Die meisten Vorhaben und Beschlüsse sind den Menschen offenbar unbekannt.



Problemfeld Schule: Bei der Digitalisierung geht es den Bürgerinnen und Bürgern zu langsam voran.

FOTO: GOLLNOW/DPA

Meinungsumfrage – Eine Woche vor der Landtagswahl ziehen Bürgerinnen und Bürger Baden-Württembergs Bilanz. Engagierte Kritik an fehlender Effizienz in der Coronakrise

Allein gegen die Politik

VON CHRISTOPH FISCHER

REUTLINGEN. Die Pandemie setzt den Menschen zu, sie verändert sie, Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg fühlen sich in Zeiten der Coronakrise eine Woche vor der Landtagswahl von der Politik oft allein gelassen, das ist das alarmierende Ergebnis des neuen BaWü-Checks der Tageszeitungsverlage des Landes. 50 Prozent der vom Institut für Demoskopie in Allensbach Befragten ziehen die ernüchternde Bilanz, dass man als Bürger in der Pandemie ohnmächtig ist. Überdurchschnittlich haben Eltern diesen Eindruck, 73 Prozent der Menschen, die mit dem Krisenmanagement der Landesregierung unzufrieden sind, sehen keine Möglichkeit, sich als Bürger dieses Landes mit Kritik und Anregungen in den politischen Prozess einzubringen.

Im Superwahljahr 2021 ist die Anerkennung für das Krisenmanagement der Politik auf Landes- und auf Bundesebene deutlich gesunken. In Berlin überwiegt die Kritik am Krisenmanagement der Bundesregierung, in Baden-Württemberg fällt die Bilanz vor der Wahl positiver aus. 54 Prozent der Befragten attestieren der Landesregierung »gute Arbeit« in der Coronakrise, 37 Prozent äußern sich kritisch. Das Bildungsbürgertum beurteilt die Arbeit von Ministerpräsident Winfried Kretschmann positiver, einfachere Bildungsschichten, die von den Kollateralschäden der Pandemie stärker betroffen sind, äußern Kritik.

Die Effizienz der Politik in Krisenzeiten wird auch in Baden-Württemberg angezweifelt. Mehr als zwei Drittel der Bevölkerung haben den Eindruck, dass es

beim Digitalunterricht in der Schule große Probleme gibt wie auch bei der Auszahlung der Wirtschaftshilfen. 65 Prozent kritisieren die Organisation der Impftermine.

32 Prozent bewerten die Arbeit der grün-schwarzen Landesregierung als eher erfolgreich – gegenüber 26 Prozent, die sie als »nicht erfolgreich« bewerten. Diejenigen, die mit dem Krisenmanagement zufrieden sind, bewerten auch die politische Arbeit in Stuttgart positiver. Grundsätzlich ist es so, dass der Bundes-

wenig wahrgenommen, die Rolle der SPD noch am intensivsten.

Politisch kann man sich in der Landespolitik kaum einen Namen machen, der Bekanntheitsgrad von Winfried Kretschmann in Höhe von 92 Prozent ist einsame Spitze und wird von anderen noch nicht einmal in Ansätzen erreicht. Susanne Eisenmann (63 Prozent), Thomas Strobl (59) folgen auf Rang zwei und drei, andere sind nur einer interessierten Minderheit ein Begriff. Der Bekanntheitsgrad korreliert mit den Popularitätswerten, auch auf diesem Sektor führt der Grünenpolitiker Kretschmann um Längen. 72 Prozent derjenigen, die ihn kennen, haben von ihm eine gute Meinung. Vermutlich war selten ein Politiker vor den Wahlen favorisierter als er. Lediglich Andreas Stoch von der SPD wird von seinen Kennern mit 55 Prozent noch positiv bewertet, bei allen anderen Politikern überwiegt das kritische Urteil.

Corona bestimmt Politik-Agenda

Im Coronajahr bestimmen die Coronakrise und ihre Kollateralschäden die politische Agenda, das ist wenig überraschend, 67 Prozent zählen die Bekämpfung der Pandemie zu den wichtigsten politischen Aufgaben, 64 Prozent die finanzielle Unterstützung von Unternehmen und Selbstständigen, 58 Prozent die Verbesserung der digitalen Ausstattung der Schulen, gefolgt von der Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum. Außerhalb von den Coronathemen ist die Wohnungsproblematik das beherrschende Thema. Am Ende der Skala stehen etwas überraschend das Ziel einer effizienten Verwaltung und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, wobei sich die Prioritäten von Frauen und Männern intensiv unterscheiden. Bezahlbarer Wohnraum und die Bekämpfung der Kriminalität ist für Frauen extrem wichtig, für Männer eher das Straßen- und Schienennetz, der wissenschaftliche Fortschritt und der Industriestandort Baden-Württemberg.

Die regionale Tageszeitung zählt auch im Superwahljahr in Baden-Württemberg weiter unangefochten zu den wichtigsten Informationsquellen, 37 Prozent der Bürgerinnen und Bürger lesen täglich ihre Regionalzeitung, das Alter beeinflusst das Leseverhalten dabei intensiver als der Bildungsabschluss. 74 Prozent bewerten die Regionalzeitung positiv, nur 17 Prozent äußern sich kritisch. Trenduntersuchungen zeigen, dass die Jüngeren sich tendenziell weniger aus Printmedien informieren, das Informationsverhalten scheint sich grundsätzlich zu ändern. Information erfolgt stärker zufalls- und ereignisgetrieben und viel selektiver als noch vor zehn und 20 Jahren. (GEA)



politik weitaus größere Bedeutung beigemessen wird als der Landespolitik, die meisten Vorhaben der Landesregierung sind der Bevölkerung oft nicht bekannt. Auch die Opposition in Stuttgart wird

Probleme im staatlichen Bereich

Frage: "Wenn Sie einmal an staatliche Institutionen und Einrichtungen denken: Wo, in welchen Bereichen gibt es da derzeit vor allem Probleme?"

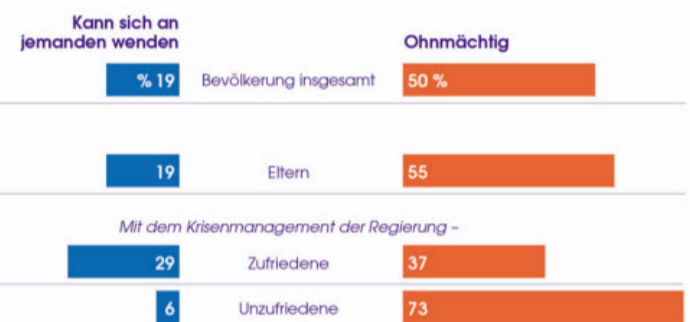


Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv I/D-Umfrage 6163/V

© I/D-Allensbach

Ohnmachtsgefühle

Frage: "Was meinen Sie: Kann man sich hier in Baden-Württemberg mit Kritik und Anregungen zur Corona-Politik an jemanden wenden, oder ist man da als Bürger ohnmächtig?"

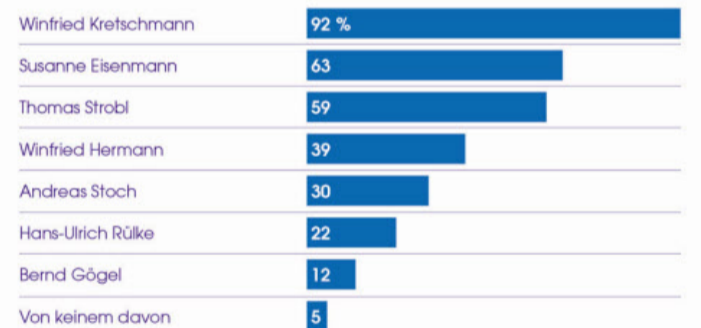


Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv I/D-Umfrage 6163/V

© I/D-Allensbach

Bekanntheitsgrad von Landespolitikern

Frage: "Hier stehen verschiedene Landespolitiker. Von welchen haben Sie schon einmal gehört oder gelesen?"

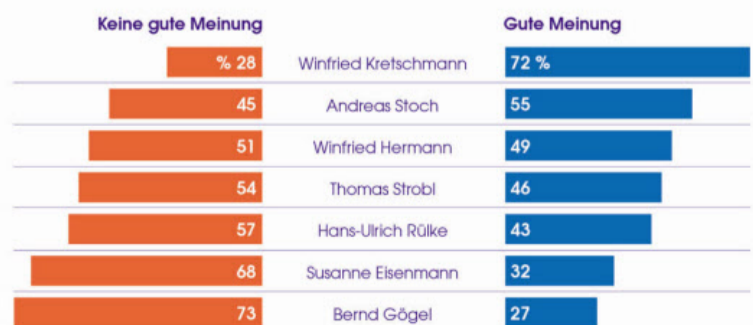


Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv I/D-Umfrage 6163/V

© I/D-Allensbach

Popularitätswerte

Frage: "Hier sind noch einmal die Politiker und Politikerinnen aus Baden-Württemberg, die Sie kennen. Von welchen davon haben Sie eine gute Meinung und von welchen keine gute Meinung?"



Basis: Baden-Württemberg, Personen, denen der/die jeweilige Politiker/Politikerin bekannt ist
Quelle: Allensbacher Archiv I/D-Umfrage 6163/V

© I/D-Allensbach

Die aktuelle politische Agenda der Bürger

Frage: "Was sind in Ihren Augen die wichtigsten Aufgaben, um Baden-Württemberg eine gute Zukunft zu sichern?"



Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv I/D-Umfrage 6163/V

© I/D-Allensbach